



Pressemitteilung vom 29. November 2018

## **Demonstration gegen Ausgrenzung – Protest gegen ignorante, menschenverachtende Politik.**

**Für den 8.12.18 ruft die Initiative *Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie* zu einer Demonstration gegen die immer noch vorherrschende Politik der Ausgrenzung auf. Zwei Tage vor dem internationalen Tag der Menschenrechte wollen die Initiatoren auf die systematische und institutionalisierte Verletzung von Menschenrechten aufmerksam machen.**

Im Sommer und Herbst 2018 haben abertausende Menschen gegen die unmenschliche bayerische Asyl-Politik protestiert. Nach der #ausgehetzt Demonstration hat die CSU-Spitze ihre Rhetorik abgemildert, aber die spaltende politische Praxis ist auch nach dem Verlust der absoluten Mehrheit geblieben. Die Verantwortlichen für diese Politik – allen voran die CSU-Spitze – sind nach wie vor im Amt, sie scheinen auch nach den massiven Bürgerprotesten nicht bereit, ihren scharfen Kurs gegen Geflüchtete und Menschenrechte zu korrigieren.

Im Aufruf zur Demonstration am 8. Dezember wird der Rücktritt Horst Seehofer als Bundesinnenminister gefordert, weil er trotz massiver Verfehlungen im Amt nicht zurücktritt oder entlassen wird. Horst Seehofer schützt weder unsere Verfassung als Innenminister, noch löst er den Wohnungsmangel als Bauminister und er missbraucht den Begriff Heimat zur Ausgrenzung Schutzsuchender. Die Causa Maaßen hat deutlich gezeigt, dass Seehofer den Rechtsruck in Gesellschaft und Politik fördert und nicht bereit ist, die rechtsstaatliche und den Menschenrechten verpflichtete Grundordnung zu schützen. Das Bundesministerium des Innern, Bau und Heimat muss in getrennte Ministerien zurückgebaut werden, damit der soziale Brennpunkt Wohnungsmangel mit Priorität und Kompetenz gelöst werden kann!

Die als Ankerzentren bezeichneten Ausgrenzungslager wurden gegen den massiven Protest von Menschenrechtsvertretern durchgepeitscht. Die Folge der unzureichenden Beratung in diesen Lagern ist unter anderem eine drastisch niedrigere Anerkennungsquote der Geflüchteten in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern. So wird das Recht auf Gleichheit aller vor dem Gesetz in Frage gestellt.

Arbeits- und Ausbildungsgenehmigungen werden trotz anderslautender Zusagen an Arbeitgeber\*innen weiterhin vielfach Geflüchteten aus bestimmten Herkunftsländern wie z.B. Afghanistan verweigert. Alle Menschen müssen aber ihre Existenz selbst sichern und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen dürfen.

Obwohl sich die Lage in Afghanistan laufend verschlechtert und NGOs sowie die Zivilgesellschaft Monat für Monat gegen die Abschiebungen nach Afghanistan protestieren, wird weiterhin gerade aus Bayern massiv und mit unmenschlicher Härte nach Kabul abgeschoben. Die nächste Sammelabschiebung ist laut bayerischem Flüchtlingsrat für den 4. Dezember vorgesehen. Deshalb ist eine zentrale Forderung auf der Demonstration ein sofortiger Abschiebestopp in ein Kriegs- und Krisengebiet wie Afghanistan.

„Der Frust in der Bevölkerung, der sich im massiven Rechtsruck zeigt, wird auch deshalb immer größer, weil die Verantwortlichen in der Politik ihrer Verantwortung nicht gerecht werden und damit demokratische Prozesse unterlaufen. Wir rufen zum Protest gegen das ignorante „Weiter so“ auf“, so Thomas Lechner von *Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie*.

Den Aufruf zur Demonstration am 8. Dezember – Zeit wird's: Heimat statt Ausgrenzung (13 Uhr, Max-Joseph-Platz bis Geschwister-Scholl-Platz) – finden Sie im Anhang.

Für **Presseanfragen** steht Ihnen zur Verfügung: Thomas Lechner, 01514 1458854  
[presse@gfmud.org](mailto:presse@gfmud.org)



## **Zeit wird's: Heimat statt Ausgrenzung**

Durch unsere #ausgehetzt Demo im Juli hat sich die Rhetorik in der Politik etwas gebessert. Aber die bloße Besänftigung der Sprache ist nicht genug. Die politische Praxis und vor allem deren Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen sind immer noch katastrophal: Es wird weiter nach Afghanistan abgeschoben; viele Geflüchtete dürfen in Bayern weder arbeiten noch eine Ausbildung machen; die als AnKERzentren bezeichneten Massenlager werden ausgebaut und der Rechtsruck schreitet voran in Richtung systematischer Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus.

Die Verantwortlichen für diese Politik sind immer noch im Amt, nur nicht in Würde. Das gilt für Horst Seehofer ebenso wie für Söder, Dobrindt und die ganze CSU-Spitze. Horst Seehofer schützt weder unsere Verfassung als Innenminister, noch löst er den Wohnungsmangel als Bauminister und er missbraucht den Begriff Heimat zur Ausgrenzung Schutzsuchender. Deswegen muss er umgehend zurücktreten und sein Bundesministerium des Innern, Bau und Heimat wieder in getrennte Ministerien zurückgebaut werden!

Wir verstehen Heimat als einen Ort für alle Menschen, die hier leben. Wir wollen eine Politik, die von Menschlichkeit und Solidarität geprägt ist.

Wir müssen weiterhin gegen Hetze, Spaltung und Ausgrenzung protestieren und für Menschenrechte, Demokratie und gleiche Rechte für alle, die hier leben, eintreten.

### **Deshalb demonstrieren wir am 8.12.18 um 13 Uhr am Max-Joseph-Platz:**

#### **Wir fordern den sofortigen Rücktritt von Horst Seehofer als Bundesinnenminister!**

Er muss den Weg freimachen für einen Bundesinnenminister, der sich klar vom gegenwärtigen Rechtsdrill in der Politik distanziert und alle Menschen, die hier leben, schützt!

#### **Wir fordern den sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan!**

Menschen, die aus einem Kriegsgebiet wie Afghanistan zu uns geflohen sind, müssen hier Schutz finden. Sie müssen eine sichere Aufenthaltserlaubnis und eine Perspektive in unserem Land haben.

#### **Wir fordern Arbeits- und Ausbildungsgenehmigungen für alle Geflüchteten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder Wohnort!**

Alle Menschen müssen ihre Existenz selbst sichern und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen dürfen.

#### **Wir fordern eine echte Perspektive und Integration von Geflüchteten und die Abschaffung der sogenannten AnKERzentren!**

Die von der CSU eingeführten Lager isolieren die Schutzsuchenden und halten sie von unabhängiger Verfahrensberatung und ehrenamtlicher Hilfe fern, weil in Bayern NGOs und Helfer keinen Zutritt zu diesen Einrichtungen haben. Kinder haben dort keinen Zugang zu regulären Schulen, damit wird ihnen das Recht auf Bildung verwehrt.

**Wir sind da und wir bleiben. Wir sind solidarisch, wir sind viele und wir geben niemals auf. Wir wollen Heimat für alle sein, die hier leben.**

**#HeimatStattAusgrenzung**